

# Der Gesellschafter

## Wirts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

### Nagolder Tagblatt

Mittwoch, den 2. Mai 1923

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Die mit Aufträge unter Inbegriff der Anzeigen. — Es wird kein Gewähr für die Richtigkeit der Anzeigen übernommen. Die Haftung für die Richtigkeit der Anzeigen bleibt dem Anzeigenden vorbehalten.

Telegraphische Adresse: Gesellschafter Nagold.  
Postfachkonto: Stuttgart 6118.

Besteht aus jedem Blatt 10 Seiten. — Preis 10 Pf. — Einzelnummern 1 Pf.

Bezugspreis im April 1923. — Einzelnnummer 1 Pf.

Wichtiges Gebot für die einseitige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 150. — Bei mehrmaliger Abdruck nach Tarif. Bei gerichtlicher Beitreibung 150. — Die Abdruckkosten sind der Abdruckentgelt.

Nr. 101

### Tagespiegel

Die schweizerische Bundesregierung hat den beiden Bevollmächtigten der Sowjetregierung Litwinski und Worowski (schweizerischer Bevollmächtigter in Rom) die Einladung in die Schweiz zur Teilnahme an der Friedenskonferenz in Lausanne erteilt, da die Schweiz die Sowjetregierung nicht anerkannt habe und diese nicht zur Konferenz amlich eingeladen sei. — In Wirklichkeit dürfte Frankreich die Abweisung der Russen erzwungen haben, da es von ihnen eine Anerkennung des künftigen Widerstands befristet.

In Angora ist der Vertrag, den die türkische Regierung mit dem amerikanischen Admiral Chester wegen des Baues einer Bahn durch Anatolien und Ausbeutung von Erdölquellen in Mossul vorbereitet hat, unterzeichnet worden. Der französische Widerspruch hat also nichts genützt.

Der päpstliche Sondergesandte Testa ist am Montag von München nach Rom abgereist.

In Konstantinopel soll laut Reuter eine bolschewistische Verschwörung enttastet worden sein. Nichteis Kommunisten, darunter drei Ausländer aus Russland, seien verhaftet worden.

### Die fällige Sabotage

Die Rede des britischen Außenministers liegt jetzt im englischen Wortlaut vor. Er gibt zu wesentlichen Abänderungen am Text der bisher übermittelten Auszüge keinen Anlaß, schafft aber vollkommene Klarheit über die Grundausgangspunkte, wozu die englische Politik abzielt. Wer die Rede unvoreingenommen liest, der kann über eins nicht im Zweifel sein: England betrachtet eine dauernde Festsicherung Frankreichs am Rhein, unter welcher Verschärfung es auch sei und gar ein tieferes Eindringen Frankreichs in Deutschland, als mit seinen Lebensinteressen nicht vereinbar. Es kann außer Belgien nicht auch noch Holland zur französischen Grenzmark werden lassen. Es kann Frankreich nicht zulassen die Mittel überlassen, die Schweiz durch Abkürzung von ihrem deutschen Hinterland, in einen französischen Schutzstaat zu verwandeln. Beides würde spielend möglich sein, wenn der ganze Mittelteil des Rheins und das westliche Rheingebiet in die Hände Frankreichs käme. Die Verwirklichung der ganzen Schweiz würde, nebenbei, auch Norditalien wieder, wie in der Napoleon-Zeit, zu einer französischen Kolonie herabdrücken. Auch das kann England, als vorherrschende Mittelmeer-Macht, nicht dulden, selbst wenn Italien es dulden wollte. England hat sich aus dem bis über das London Ultimatum und die Teilung Oberschlesiens hinaus anhaltenden Kriegstaumel Lloyd Georges heute so weit herausgearbeitet, daß die Freude an der Abwägung des deutschen Lebensinteresses ihm nicht länger den Blick für das eigene gefährdete Lebensinteresse trübt.

Wenn ein Teil der Poincaré-Presse behauptet, Curzon habe in seiner Rede das Vorgehen Frankreichs gebilligt, so ist das glatter Schwindel. Curzon macht sich vielmehr ausdrücklich die Erklärung Bonar Law's zu eigen, die dieser auf der Pariser Januar-Konferenz abgab, und worin er es im Namen der englischen Regierung ablehnte, am französischen Vorgehen teilzunehmen oder irgendwelche Verantwortung dafür zu übernehmen. Und zwar deshalb, weil es nicht nur nicht zum gewünschten Ergebnis führen würde, sondern geeignet sei, eine schwere und vielleicht sogar verhängnisvolle Wirkung auf die wirtschaftliche Lage Europas auszuüben.

Demnach denkt die englische Regierung nicht daran, ihre Haltung einer „wachsamem und wohlwollenden Neutralität“ aufzugeben. Lebensgefahren müssen mit allen verfügbaren Mitteln abgewehrt werden, aber, solange es ausfichtreich ist, im guten. Weist das für die kluge und nüchterne Politik Englands selbstverständlich ist, deshalb betont Curzon immer wieder, welchen Wert er auf die Erhaltung des guten Einvernehmens mit Frankreich lege, für den Osten sogar wie für den Westen. Friedrich der Große hat den Grundfah angefaßt, man müsse mit dem möglichen Gegner ein Bündnis suchen, der einem die gefährlichsten Schläge verhehen könne. England unterschätzt nicht die Gefahr, die ihm vom militärischen Frankreich droht, seit das deutsche Gegenwärt, durch Lloyd Georges Weisheit, ausgeglichen worden ist. Deshalb betont es so beharrlich sein Festhalten an der Entente. Es hofft, solange die Entente förmlich besteht, die französische Gefahr mit geringeren Aufwänden abzuwehren zu können, als wenn die Entente gebrochen ist. So ist denn auch Curzons Aufforderung an Deutschland vom englischen Standpunkt aus zu verstehen, nicht als eine Hilfeleistung für Deutschland, sondern als ein freundschaftlicher Dienst, den England dem französischen Verbündeten leisten möchte. Curzon steht, daß Frankreich sich an der Ruhe festgehalten hat und möchte ihm aus der Tasche helfen. Allerdings nicht auf Kosten britischer Lebensinteressen! Daher die Verwarnung gegen jedes Abweichen weiterer Glieder vom deutschen Wirtschaftskörper.

Kaum sieht Poincaré, daß der englische Kollege ihm helfen möchte, so ist er wieder oben auf und setzt mit seinen unzweifelhaften Quertreibern ein. Denn Poincaré ist zwar

ein Meister im Zerstreuen, aber ein Stümper im Aufbauen. So fordert er Preisgabe des passiven Widerstands, bevor von Verhandlungen die Rede sein könnte. Es ist das alte Spiel: bietet Deutschland Bezahlung, so fordert Frankreich Sicherheit, bietet Deutschland Sicherheit, so fordert Frankreich Bezahlung, und bietet Deutschland beides, so schlägt Frankreich die Türe zu. Erst ließ er: Deutschland muß ein Angebot machen. Jetzt, wo Deutschland ein Angebot machen will, heißt es: Deutschland muß den passiven Widerstand aufgeben. Macht es ein Angebot und gäbe zugleich den passiven Widerstand auf, so würde das nächste französische Diktat nicht lange auf sich warten lassen. Auf den Beim, erst den Tauchbootkrieg einzustellen, dann das Waffenstillstands-Diktat unterzeichnen, dann die Waffen niederlegen und endlich das Friedens-Diktat unterschreiben, ist Deutschland einmal hineingefallen. Doch es dies ein zweites Mal tun werde, ist nicht wahrscheinlich. Die Regierung aber kann den passiven Widerstand so wenig aufgeben, wie sie ihn hat befehlen können. Vermutungsweise muß der passive Widerstand mit gesteigerter Kraft fortgesetzt werden, bis Poincaré seine Hintertreibung der Verhandlungsmöglichkeit, die Lord Curzon geschaffen zu haben glaubt, aufgibt, und ein erträgliches Ergebnis gesichert ist.

### Das neue Weinsteuergesetz

Am 1. Juli d. J. tritt das jetzige Weinsteuergesetz vom 26. Juli 1918. Das Reichsfinanzministerium hat einen neuen Entwurf ausgearbeitet, der demnächst vom Reichsrat und Reichswirtschaftsrat behandelt wird. Das Ministerium glaubte die einfache Verlängerung des bestehenden Gesetzes, das im laufenden Jahr einen Steuerertrag von etwa 30 Milliarden Mark haben dürfte, nicht beantragen zu sollen, um die Weinsteuern der neuen Abgaberechnung anpassen zu können. Änderungen grundsätzlicher Art bringt auch der neue Entwurf nicht; Steuerhöhe und Steuerform bleiben unverändert, wenn sie nicht von den parlamentarischen Körperschaften beschlossen werden sollten. Insbesondere wird eine Herabsetzung der Steuer trotz der Gemeindegeldschätze abgelehnt, weil auch bei anderen Getränken, die der Gemeindegeldsteuer unterworfen werden sollten, die Reichssteuer nicht ermäßigt werde. Auch die von den Gastwirten verlangte Zurückverlegung der Steuererhebung auf den Weingärtner oder Händler wird abgelehnt, weil der Begründung, daß dann der Ertrag ein weit geringerer sein würde und die Steuerhöhe entsprechend erhöht werden müßten. Es sei auch zweifelhaft, ob die Weingärtner oder Händler die zur Vorauszahlung der Steuer nötigen Milliarden aufbringen könnten. Die Zurückverlegung würde außerdem ansozial wirken; der in üppigen Gaststätten zu hohen Preisen verkaufte Wein, der jetzt mit seinem vollen Verkaufspreis steuerlich erfaßt wird, würde dann nur in gleicher Weise befreit werden, wie der in einfachen Gaststätten ausgeschenkte Wein. Der bisher von leistungsfähigen Kreisen ausgebrachte Mehrbeitrag müßte somit durch eine allgemeine Erhöhung des Steuerfußes hereingebracht werden, die besonders hart diejenigen Gegenden treffen würde, in denen geringere Weine unter einfacheren Verhältnissen getrunken werden. Gegen die Großhandelssteuer spreche aber auch der Umstand, daß es nicht möglich sei, den Begriff des Großhändlers einwandfrei festzustellen. Daher müsse es dabei bleiben, daß der Wein beim Uebergang auf den letzten Verbraucher, den Weintrinkenden erhoben werde.

Eine vielen Kleinwirten unangenehme Neuerung in dem Entwurf ist darin zu erblicken, daß die Sonderstellung der sogenannten Verbrauchermärkte beibehalten wird. Nach dem jetzt geltenden Gesetz sind solche Märkte und Kleinverkäufer, die lediglich inländische Weine vom Faß verkaufen, als Verbraucher anzusehen, d. h. sie brauchen den von ihnen bezogenen Wein nicht zum Abgabepreis, sondern zum Einkaufspreis zu versteuern. Dem Reich entgegen natürlich dadurch, namentlich in Zeiten steigender Weinpreise, große Steuerbeträge. Nach dem Entwurf sollen nun künftig alle Märkte steuerlich gleich behandelt werden. Eine grundsätzliche Veränderung des Kreises der steuerbaren Getränke gegenüber dem geltenden Gesetz ist im Entwurf nicht vorgesehen. Es ist beabsichtigt in den Ausführungsbestimmungen, die den Kreis der steuerbaren Getränke näher bezeichnen sollen, dafür zu sorgen, daß Getränke, die mindestens 38 Raumhundertteile Weingeist enthalten, nicht als weinartige Getränke anzusehen sind. Die Veränderungen bei dem Kapitel der Steuerbefreiung sehen vor, daß als Hausstrunk nur mehr selbstbereite Getränke aus selbstverzeugetem Obst oder Beeren steuerfrei bleiben sollen. Gegenwärtig ist auch Hausstrunk, der aus gekauftem Obst oder Beeren hergestellt wird, von der Steuer befreit.

Mit einer neuen Bestimmung über die Aufbringung der Mittel zur Förderung des Weinbaus und der Weinbehandlung schlägt die Reihe der Abänderungen, die der vorliegende Gesetzentwurf gegenüber dem geltenden Gesetz bringt. Während für diese Zwecke bisher ein fester Betrag im Gesetz vorgesehen war, sollen die aufzubringenden Mittel künftig in ein festes Verhältnis zum Gesamtaufkommen der Weinsteuern gebracht und dadurch eine Anpassung an die Geldentwertung erreicht werden. Der dies-

bezügliche Paragraph bestimmt, daß zur Förderung des Weinbaus und der Weinbehandlung sowie zur Durchführung der Reblausbekämpfung jährlich 1/3 Prozent der Weinsteuereinnahme verwendet werden dürfen.

### Die Versorgung der Kriegsoffer

Das Reichsarbeitsministerium hat einen Rechenschaftsbericht über das Versorgungswesen der Kriegsoffer herausgegeben, dem folgendes zu entnehmen ist. Der Verlust Deutschlands beträgt an Toten 56 133 Offiziere und Beamte, 212 069 Unteroffiziere einschließlich Deckoffiziere der Marine, 1 572 523 Mannschaften und 5568 ohne Angabe des Dienstgrads gemeldete Leute, insgesamt 1 846 293 Teile des Weltkriegs. Die Zahl der Verwundungen (nicht der Verwundenen, viele wurden ja mehrmals verwundet) beziffert sich auf 4 247 864. In Verlegung haben 1 945 000 Kriegshinterbliebene, darunter über 500 000 Witwen, 1 134 000 Halbwaisen und 58 000 Vollwaisen. Die Gesamtzahl der Kriegsbeschädigten einschließlich der abgefundenen beträgt 1 1/2 Millionen. Eine riesige Verwaltungsarbeit war erforderlich, um das Versorgungswesen auf eine einheitliche Grundlage zu stellen und auf den der Zahl der Kriegsoffer entsprechenden Umfang zu bringen. Ganz gewaltig ist auch der ärztliche Aufgabenkreis des Versorgungswesens, der nach dem Vorbild unserer großen sozialen Versicherungszweige eine wachsende Bedeutung für die Kriegsoffer erhalten hat.

### Das Siedlungsweesen in Preußen

Nach einem amtlichen Bericht im Landtag sind in Preußen im Jahr 1919 822 Neusiedlungen auf 9801 Hektar Land geschaffen worden, 1920 1743 auf 19420 Hektar, 1921 2078 auf 23 770 Hektar, zusammen 3243 Siedlungen auf 39001 Hektar. Die Siedlungsgesellschaften haben noch einen Bestand von in den in Betracht kommenden Provinzen: in Brandenburg 7000 Hektar, Landbank Berlin 1600 Hektar, Pommern 6000 Hektar, Ostpreußen 11 000 Hektar, Schlesien 1600 Hektar. Nicht alle Siedler haben sich bewährt. In Pommern und Ostpreußen haben die größeren Gutsbesitzer die Siedlung vielfach selbst in die Hand genommen oder sie haben freiwillig größere Flächen zur Verfügung gestellt. Die Siedlung ist nur durchführbar, wo so viel Boden zur Verfügung steht, daß die eigentlichen landwirtschaftlichen Betriebe nicht beeinträchtigt werden, sonst würde die Volksernährung aufs schwerste gefährdet, da die Siedlungen dafür nicht in Frage kommen.

### Politik der Sajanen

#### Beschlagnahme der Postsendungen

Koblenz, 1. Mai. Der Vorsitzende der Rheinlandkommission Tirard hat angeordnet, daß alle aus den besetzten Gebieten in das unbesetzte Deutschland gehenden Postsendungen beschlagnahmt werden sollen, weil die deutsche Post sich weigere, die für die Befragung bestimmten Sendungen zu befördern.

#### Quaderstein

Buer, 1. Mai. Ein Vikar der Urbanusparrei wurde verhaftet, weil er von der Kanzel herab die Leute vor der Annäherung an die Franzosen gewarnt hatte.

Horst, 1. Mai. Einige französische Soldaten drangen in ein Uhrengeschäft ein, nahmen Uhren und Ringe weg und ließen davon. Die Anzeige bei der Kommandantur hatte keinen Erfolg.

Im ganzen sind jetzt von den Franzosen 30 Kohlenzechen besetzt.

Kannheim, 1. Mai. Von der Frau eines höheren Eisenbahnbeamten in Zweibrücken, die ihrem Mann in die Verbannung ins unbesetzte Gebiet nachziehen mußte, haben die Franzosen beim Ueberstreifen der Rheinbrücke von Gernersheim auf ihre Möbel einen Zoll von 10 Prozent verlangt. Die Frau verweigerte den Zoll und stellte die Möbel in Gernersheim unter.

#### Für die besetzten Gebiete

Für das Ruhrgebiet sind von 119 Meierreien und zwei Kreisammestellen fünf Wagenladungen mit 24 254 Pfund Butter im Wert von 170 Millionen Mark als erste Spende abgesandt worden. Außerdem sind mehrere große Sendungen sonstiger Lebensmittel, Vieh usw. schon vor einigen Wochen nach Minden abgegangen.

Die Sammlungen in der deutschen Reichsmarine für das Volksoffer ergaben bis Anfang April 46,3 Millionen Mark. Die Sammlungen in dem böhmischen Kurort Karlsbad haben bis jetzt 60 Millionen Mark ergeben.

#### Curzon-Wilson — Warnungen des Auslands

Stockholm, 1. Mai. Die Zeitung „Allhandan“ schreibt: Die französische Forderung, daß Deutschland vor Beginn der Verhandlungen den passiven Widerstand einstellen und das Besetzungsrecht im Ruhrgebiet anerkennen solle, habe alle an die Rede Curzons geknüpften Hoffnungen auf eine Besserung der politischen Lage vernichtet. Die Verhältnisse gleichen auffallend der Lage beim Abschluß des Waffenstill-

ücher  
real-  
hule  
Buchhdlg.  
igung  
arten  
en  
und  
en  
Buchdruckerei  
Porsdorf 23.



Hande. Curzon schreibe eine ähnliche Rolle zu spielen wie damals Wilson. Wenn die Deutschen den Rat befolgen würden, „Hände hoch!“, so würden sie wie nach dem Waffenstillstand eine unerhörte Enttäuschung erleben. Frankreich sei es nicht um Schadenersatz zu tun, sondern darum, eine bessere Stellung zu Erreichung seiner politischen Ziele zu erlangen.

Der „Neuere Rotterdamse Courant“ warnt Deutschland, wieder in eine Falle zu gehen und den passiven Widerstand preiszugeben. „Het Volk“ sagt, wenn die Reichsregierung die französische Forderung annehme, wären Verhandlungen überhaupt überflüssig, denn das wäre bedingungslose Unterwerfung und jede Aussicht auf eine redliche Lösung wäre verloren.

## Neue Nachrichten

### Arbeitslosigkeit in Berlin

Berlin, 1. Mai. Allein in der Metallindustrie Berlins sind 21.000 Arbeiter ohne Beschäftigung, 70.000 haben verkürzte Arbeitszeit.

### Parlamentsverbot

Darmstadt, 1. Mai. Die hessische Regierung hat die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Hessen verboten und die Ortsgruppen für aufgelöst erklärt.

### Kantonswahlen in Basel

Basel, 1. Mai. Bei den letzten Wahlen zum Kantonsrat erzielten die bürgerlichen Parteien 68 Sitze (bisher 63), die Sozialisten 62 (67). In die Bundesregierung wurden von 7 Vertretern 6 Bürgerliche gewählt. — Auch in Zürich sind die sozialistischen Stimmen stark zurückgegangen.

### Das Sinken des Schweizer Franken

Basel, 1. Mai. Die „Nationalzeitung“ schreibt, es sei bedauerlich, daß der Schweizer Franken in letzter Zeit empfindlich im Wert gesunken sei. Dazu trage bei, daß die Schweiz mehr einzuführen genötigt sei, als sie ausführen könne, wobei die Verteuerung von Kohlen und Eisen sich doppelt bemerkbar machen. Weiter ist festzustellen, daß erhebliche Kapitalien, die namentlich aus Deutschland in der Schweiz angelegt seien, infolge des Drucks der Deutschen Reichsbank aus der Schweiz zurückgezogen werden, während von Frankreich und Italien, wo der Kurs sich bessere, keine Kapitalien mehr angelegt werden. Die Schweiz habe aber bedeutende Anhaben in Dollar, Pfund und Gulden und so sei ein baldiger Stillstand zu erwarten, andernfalls müßte die Nationalbank eingreifen. — Zum Gleiten des Franken und der passiven Handelsbilanz trägt übrigens in hohem Maß der Umstand bei, daß der frühere Fremdenbesuch aus Deutschland, der alljährlich Millionen Goldmark in das Land brachte, zum größten Teil ausgeblieben hat.

### Kaufmann in Bulgarien?

Sofien, 1. Mai. Ruster meldet, 50 bulgarische Soldaten mit einem Oberst haben die griechische Grenze überschritten und um Schutz gebeten, da Südbulgarien in den Händen der (nationalistischen) Russen sei.

### Amerika und der Völkergerechtigkeitshof

Washington, 1. Mai. Der Vorsitzende des Senatsausschusses für Auswärtiges, Lodge, verlangt — in einem gewissen Gegenstand zu Harding — in einem Brief, daß die Vereinigten Staaten dem Völkergerechtigkeitshof im Haag erst beitreten, wenn dieser vollständig vom Völkerbund losgetrennt sei.

### Verurteilung des amerikanischen Alkoholverbotes

Washington, 1. Mai. Der oberste Gerichtshof fällt eine Entscheidung, daß es fremden und amerikanischen Schiffen verboten ist, geistige Getränke, auch wenn sie für den Verbrauch an Bord bestimmt sind und beim Einlaufen unter Segel gelagert werden, nach amerikanischen Häfen zu verbringen. Dagegen ist es amerikanischen Schiffen nicht verboten, geistige Getränke außerhalb der amerikanischen Häfen an Bord zu haben. Hierdurch wird die frühere Entscheidung des Generalsstaatsanwalts, wonach der Verkauf von Alkohol an Bord amerikanischer Schiffe überhaupt verboten sein sollte, umgekehrt.

### Politisches Mierlet

Eine riesige Versammlung der Nationalsozialisten in einem Vorort von Wien am 30. April endete mit erbitterten Kämpfen gegen Sozialdemokraten und Polyzisten. 8 Polyzisten wurden erheblich verletzt.

Der 1. Mai ist, soweit bis jetzt Nachrichten vorliegen, überall in Ruhe verlaufen, auch in Berlin.

## Württemberg

Stuttgart, 1. Mai. Einbruch. In das Geschäft des Uhrmachers Schnepp in Wangen wurde eingebrochen. Die Täter haben unter dem Uhrbestand reichliche Beute gemacht. Der Schaden dürfte mehrere Millionen ausmachen.

Untererschlagung. Vor den Geschworenen stand gestern die frühere Posthilfsbeamtin Paula Eppe von Ulm. Sie habe beim Markenerkauf Gelder in Höhe von beiläufig 10.000 Mark unterschlagen. Der Schaden ist später entdeckt worden. Die Angeklagte erhielt eine Gefängnisstrafe von 18 Monaten.

Stuttgart, 1. Mai. Gelegenheitswurf über die Landwirtschaftsschulen. Das Staatsministerium hat den Entwurf eines Gesetzes über die Landwirtschaftsschulen festgestellt, der dem Landtag demnächst zugehen wird.

Heidenheim, 1. Mai. Fleischer-Verbandsstag. Zu Ehren der aus dem ganzen Land zum Verbandstag der Würt. Fleischermeister gekommenen Vertreter hatte die Weggerinnung am Sonntag im Roangethau einen Festabend veranstaltet. Am Montag vormittag wurden die geschäftlichen Verhandlungen, die Sonntag nachmittag begannen, im Kongresshaus fortgesetzt. Von 14 Uhr ab war Unterhaltungsabend mit Tanz. Heute wurde ein Ausflug unternommen nach Eningen zur Besichtigung der dortigen Feste für Horn- und Klauenverwertung.

## An unsere Leser!

Die im Laufe des Monats April eingetretene weitere Entwertung unserer Währung hat ein starkes Ansteigen der Preise für die bei der Herstellung einer Zeitung notwendigen Stoffe und eine Erhöhung der Gehälter zur Folge gehabt, der sich eine solche der Arbeitslöhne zwangsläufig anschließt. Der Papierpreis ist beispielsweise für den Monat Mai um 150 % für ein kilo hinaufgesetzt worden. Um einen Ausgleich dieser Mehrmengen der Zeitungserstellung herbeizuführen, wäre eine Erhöhung der Bezugspreise der Zeitungen erforderlich. Der Verein Württembergischer Zeitungserleger hat sich aber entschlossen, für den Monat Mai trotz der sehr erheblichen Verteuerung der Herstellungskosten von einer Erhöhung der Bezugspreise Abstand zu nehmen, es für den Monat Mai vielmehr bei den gleichen Bezugspreisen wie im April zu belassen.

Verein Württembergischer Zeitungserleger.

Der Bezugspreis des „Württembergischen“ beträgt demnach ebenso wie für den Monat April auch für den Monat Mai nur 4 2800 —.

Nürtingen, 28. April. Berichtigung. Es wird uns geschrieben: Der Bericht über den Bescheidungsprozess des H. Hauser, Buchdruckereibesitzer in Nürtingen gegen Parteisekretär Müller, Nürtingen und Buchdruckereibesitzer Senner, Nürtingen ist unrichtig. Die Berufung des Hauser hatte den Erfolg, daß die Strafe des Müller auf 10.000 Mark, die des Senner auf 5000 Mark erhöht und beide zur Erlegung der Kosten der Vorlage, sowie der dem Hauser als Beweisstücke entstandenen notwendigen Auslagen 1. und 2. Instanz verurteilt wurden. Es ist also nicht richtig, daß Hauser die Kosten der Berufung zu tragen habe. Dies trifft nur für die Kosten der Widerlage zu, bezüglich deren die Berufung keinen Erfolg hatte.

Leupheim, 1. Mai. Diebstahlige Zigeunerinnen. In Leupheim iraten zwei Zigeunerinnen in einen Laden. Solange die eine die Ladenbesitzerin mit scheinbaren Käufen beschäftigte, ließ die andere 7 Meter Baumwollstoff verschwinden. Kurz nach dem Weggehen der Weiber bemerkte die Besichtigte den Verlust und zwei Landjägern gelang es, die Zigeunerin im Wald bei Unterweiler aufzufinden. In ihrem Wagen wurden auch die Stoffe entdeckt. Die Diebinnen wurden ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Pforzheim, die „Goldstadt“, die Eingangspforte des Schwarzwalds, zwischen sonst ansteigenden Höhen am Zusammenfluß der Rappold und Mümm gelegen, ist der Hauptort der deutschen Goldwarenindustrie, deren Ursprung in die ganze Welt hinausgeht. 1777 zählte man 21 „Bijouteriefabriken“. Der Hof Hof fand auf Wesseln und Württemberg gelang es, die Zigeunerin im Wald bei Unterweiler aufzufinden. In einem Wagen wurden auch die Stoffe entdeckt. Die Diebinnen wurden ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Mannheim, 1. Mai. Das Eröffnungsrennen am 29. April war außerordentlich stark besucht. Das Weltgeschäft nahm einen Umfang an, wie man es hier noch nicht gesehen hat; der Umsatz war ungeheuer. Das Geld wurde gerade weggehoben, auch auf den Vergnügungspätzen. Und das sollen schlechte Zeiten sein! — Auf dem Pferdemarkt standen etwa 500 Pferde. Für erstklassige Tiere wurden bis zu 10 Millionen Mark bezahlt.

Vier Franzosen, die in die innere Stadt eindrangen, wurden in das besetzte Gebiet abgehoben.

## Aus Stadt und Bezirk.

Ronold, 2. Mai 1923.

Dienstpublikum. Heute sind es 25 Jahre, seit Stadtbaumeister Bang in hiesiger Dienste getreten ist. Ueberall, wo wir gehen und stehen, sind die Spuren seiner Tätigkeit festzustellen. Ein gut Teil stadtbaulicher Einwirkung unserer Stadt ist in ihm verkörpert. Ganze Stroßenzüge sind während seiner Amtszeit geworden, Schwwege und Konzeption geschaffen, das neue städtische Gewerbeschulhaus erbaut und eine ganze Wohnkolonie in den letzten Jahren neu angelegt worden. Sein neuestes Werk, die neue Wasserversorgung mit Wasserkräftenanlage, wird eben erst in Betrieb genommen. Geht er der Jubilar seit längerer Zeit krank. In seiner Wohnung hat ihn heute Stadtschultheiß Mater im Namen des Gemeinderats die besten Glückwünsche ausgesprochen, ihm ein entsprechend Geldgeschenk überreicht und für seine treue und erfolgreiche Tätigkeit den wärmsten Dank zum Ausdruck gebracht. Möge der Jubilar sich bald von seiner schweren Krankheit erholen, um seinem Amte in gewohnter Fülle wieder vorstehen zu können!

Die Rot der Deutschen in Polen. Unseren deutschen Brüdern in Polen, Westpreußen und Oberschlesien geht es unter der polnischen Herrschaft sehr schlecht. Nicht nur, daß sie von den Besiedelern politisch getrieben, öffentlich entehrt u. wirtschaftlich beraubt werden, der polnische Staat hat durch die Zerstückelung des einst blühenden deutschen Schulwesens den Deutschen auch die Grundlage ihrer Volkskultur entzogen. Polen hat in der Behandlung der deutschen u. jüdischen Bevölkerung den von ihm unterzeichneten Minderheitenschutzvertrag auf Schritt und Tritt verletzt. Die Hilfsworte der Deutschen sind bisher bei dem Völkerbund ungehört verhallt. Mit den brutalsten Gewaltmitteln sucht die polnische Regierung Deutsche und Juden aus dem Lande zu vertreiben, um die stillere deutsche Ostmark zur „unpolnischen Erde“ zu machen. 500.000 Deutsche sind schon aus Polen und Westpreußen verdrängt worden. Besonders das Schulleben hat zur Verstärkung der Auswanderung beigetragen. — Und doch haben unsere Brüder den Kampf um die Erhaltung unseres Volkstums aufgenommen und sind auf allen Gebieten erfolgreich zur Selbsthilfe geschritten. Bemerkenswertes haben sie in kurzer Zeit im Aufbau eines neuen deutschen Schulwesens geleistet. — Der frühere Leiter der deutschen Schulorganisationen in Polen, Abgeordneter Treut aus Bromberg, wird nächsten Samstag in den hiesigen Schulen über das deutsche Schulleben in

Polen sprechen und unsere Schulfugend im Auftrage des Vereins für das Deutschtum im Ausland zur Teilnahme an dessen Hilfsort aufrufen. — Im Anschluß an die Schulausfahrt wird Direktor Treut am Sonntag abend auch einen öffentlichen Vortrag über die Lage des Deutschtums in Polen halten, dessen Besuch wir allen Kreisen der Bevölkerung aufs wärmste empfehlen können.

Kraftwagenlinie Altensteig-Simmersfeld. Vom 10. Mai an wird die Vormittags-Rahnpolstfahrt von Simmersfeld nach Altensteig Bbl. zu nachstehenden Zeiten ausgeführt:

		Fahrt 8	
		Am Tag vor F	F
Simmersfeld Bbl.	ab	6.05	6.25
Altensteig Bbl.	an	6.35	6.55
"	ab	6.38	6.58
"	an	6.42	7.02

Die erste Rahnpolstfahrt von Dornstetten nach Altensteig verkehrt vom 10. Mai an nur noch bis Altensteig Bbl.

Höhere Kohlenpreise. Am 8. Mai findet eine Sitzung des Reichskohlenrats statt, um über eine Erhöhung des Kohlenpreises Beschluß zu fassen, die durch die neuen Lohnforderungen der Bergarbeiter notwendig werden würde.

Die Poststempel zu 100 % werden von nun ab in heller Farbe als bisher hergestellt.

## Allerlei

Der erste Flug Berlin-London und umgekehrt wurde am 30. April mit dem Daimler-Flugzeug ausgeführt. In Berlin flog die Maschine um 9 Uhr vormittags auf, sie sollte um 7 Uhr abends auf der Londoner Luftfahrtschiffel eintreffen. Ein bereisender Daimler-Flugzeug ließ die Verbindung mit Manchester her, das um 8.15 Uhr abends eintreffen werden soll. Der Londoner Daimler-Flug ging 9.30 Uhr von London ab.

Die unterbrochene Trauung. Als am letzten Samstag ein Brautpaar vor dem Standesamt in Wöhrheim vorzutreten sollte, wurde die Braut durch einen Unfall verhindert. Die Braut wurde durch einen Unfall verletzt. Die Trauung wurde unterbrochen. Die Braut wurde durch einen Unfall verletzt. Die Trauung wurde unterbrochen. Die Braut wurde durch einen Unfall verletzt.

Wie ein pommerscher Bauer das Deutsche Volksoffer kontrollierte. Einem drohenden Einfall hätte in Sternin in Pommern ein Bauer, der sich überzogen wollte, ob die für das Deutsche Volksoffer gepöndelten Kartoffeln auch in die richtigen Hände gelangen. Er übte vorsichtig, so, daß es von außen nicht zu bemerken war, eine Kartoffel aus einem verladebereiten Sack aus und steckte einen kleinen Zettel mit der bewußten Aufschrift hinein. Zu seiner Freude erhielt die vorzügliche Bauernmann nun einen Brief aus dem höchsten Gebiet von einer armen Witwe, die ihm zunächst erzählt, wie erkaunt sie war, als sie beim Kartoffelschleppen den Zettel fand und dann mitteilt, daß die Liebesgaben durchaus gerecht verteilt werden und daß in ihrem Ort keine Hungermöglichkeiten oder Ungerechtigkeiten vorgekommen seien.

Mineralfunde in der Ostsee. Bei der schwedischen Insel Gotland sind in den beiden letzten Wochen zehn Rinnen angebohrt worden, die wahrscheinlich von einem russischen Mineralfunde stammen. Die Erzeugnisse müssen wieder aufgenommen werden.

Die Autorakete. Auf der Landstraße Wannsee-Totsdam wollte ein Verleihenfahrzeug des Kaufmanns S. Wolf in Berlin eine Kurve in rasender Fahrt überholen, aber gerade auf den Wagen auf, der vollständig verströmert wurde, auch die Pferde wurden getötet. Die fünf Insassen sind lebensgefährlich verletzt. Das Auto ist ebenfalls völlig zerstört.

Vor der Wupperbrücke bei Burg (Rheinl.) stieß ein Kraftwagen aus Düsseldorf in scharfer Fahrt auf gegen eine Steinmauer und stürzte über eine steile Böschung hinunter. Der Führer und zwei Personen sind tot, eine weitere schwer verletzt.

In vier Tagen zwei Milliarden durchgebracht haben und junge Leute aus Pforzheim, Bruno Belien und Ernst Licht. Belien hatte in dem Geschäft in Pforzheim, in dem er angestellt war, einige Scheckformulare gestohlen und war mit seinem Freund Licht nach dem Schieberparadies Berlin gereist. Dort wurden einige Formulare mit einigen Millionen ausgefüllt und die Banken bezahlten die Schecks anstandslos. Die Juryschen machten sich aber durch ihre großen Geldausgaben in schlechter Gesellschaft verdächtig und am Morgen des dritten Tags wurden sie verhaftet. Sie hatten schon zwei Milliarden verjubelt und ein weiterer Scheck mit zwei Millionen war bereits in Zahlung gegeben.

350 Millionen erschwandelt hat ein Bauer, der sich in Berlin als Leihhaber einer Breslauer Großhandlung ausgab und angeblich in deren Auftrag große Warenkäufe machte, die mit gefälschten Wechseln bezahlt wurden. Der Schwindler ist unter Hinterlassung einer hohen Guthabensrechnung verhaftet.

Eine Postwertverdrängung. Aus Bayreuth wird im R.N. geschrieben: Eine hiesige Firma sandte kürzlich ein Paket nach Mannheim. Das Paket ging unterwegs verloren. Die Mannheimer Firma fragte nun bei der Post nach und bekam folgende Antwort: Das Postamt Mannheim ist bereit, nach dem Paket zu suchen, wenn die Firma bereit ist, die entfallenden Gebühren zu übernehmen. Diese letzteren betragen: 1. für das Ausschreiben 120 Mark, 2. Nachforschung für die erste Stunde 900 Mark, 3. für jede weitere Viertelstunde 240 Mark! Das bedeutet also, daß die Post sich dafür bezahlen lassen will, daß sie wegen eines Verlustes den sie selbst verschuldet hat, Ermittlungen anstellt.

Aluminiummünzen sind bis zum 23. April d. J. von den deutschen Münzstätten im Gesamtbetrag von 22 1/2 Milliarden Mark Nennwert geprägt worden. Davon sind rund 9 1/2 Milliarden von Verlehr aufgenommen.

Reichsgewerkschafts-Kinderhilfe. An der Ruhr ein gewaltiges, jedes Ringen um die Heimat um Deutschland. Die Eisenbahner täglich in vorderster Front. Der große Kampf schlägt zahllose Wunden. Deutsche im unbesetzten Gebiet! Wer nimmt in und auch außerhalb der Ferienzeit ein Ruhrreisenbahnertind zur Erholung auf? Wer sorgt dafür, daß deutsche Kinder bei guten Menschen, insbesondere aus dem Lande, einmal etwas frischen Luft vom Ruhrtafel





**Ämtliche Bekanntmachungen.**

Das Reichsb. Staatsministerium hat auf Grund des Art. 48 Abs. 4 der Verfassung des Deutschen Reichs unterm 24. d. Mts. für das Gebiet des Freistaats Württemberg folgende Verordnung erlassen, die sofort in Kraft getreten ist:

1. Mit Gefängnis nicht unter einer Woche, neben dem auf Geldstrafe bis zu einer Million Mark erkannt werden kann, wird sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine härtere Strafe vermerkt ist, bestraft:
1. wer in eine öffentliche Versammlung, zu einem öffentlichen Aufzug oder einer öffentlichen Kundgebung ein gefährliches Werkzeug mit sich führt oder während einer solchen Veranstaltung zur Hand nimmt;
2. wer nichterbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen verhindert oder sprengt oder in unmittelbarem Zusammenhang mit solchen Versammlungen, Aufzügen oder Kundgebungen Gewaltthatigkeiten begeht. Der Versuch ist strafbar;
3. wer zur Erreichung politischer oder wirtschaftlicher Ziele oder zur Unterstützung politischer oder wirtschaftlicher Bestrebungen nach Art der Hundstapfen, Sturmtruppen, Störtrupps, des Saalchuzers und dergleichen organisierte Verbände bildet oder an solchen Verbänden teilnimmt oder zur Bildung solcher Verbände auffordert.

II. Bestehende Verbände der in I. 3. ff. genannten Art werden hiermit aufgelöst.

Diese in Nr. 96 des Staatsanzeigers veröffentlichte Verordnung wird hiermit auch zur Kenntnis der Bezirksangehörigen gebracht.

Nagold, den 28. April 1923 Oberamt: Nagold.

**Betrifft: Zuckerabgabe.**

Der Kleinverkaufspreis und zugleich Höchstpreis im Sinne des Höchstpreisgesetzes beträgt für den Kp. Zucker:

- für 1 Pfund Kristallzucker M 1370.—
- 1 „ Sandzucker „ 1390.—
- 1 „ Milchk Zucker „ 1420.—
- 1 „ Futtermittel ohne Papier gewogen „ 1420.—

Zur Ausgabe kommen 2 Pfund auf die Person gegen Abgabe der Zuckerkarte Nr. 7.

Die Gültigkeit der Zuckerkarte Nr. 7 erlischt am 20. Mai d. J. Die Verkaufsstellen haben die entsprechenden Marken bis 25. Mai an den Kommunalverband abzugeben.

Die Ueberbreitung der Höchstpreise wird nach § 4 der Verordnung gegen Verkehrsberei vom 8. Mai 1918 (Reichsgesetzblatt S. 395) mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zu 2 Millionen Mark oder mit einer dieser Strafen belegt.

**Betr. Abgabe der Besteuerungsabschnitte für Zuckermarken Nr. 9 bis 12.**

Die Besteuerungsabschnitte Nr. 9 bis 12 der Zuckermarken sind von der Bevölkerung spätestens bis zum 20. Mai d. J. an die Reineinhandler abzugeben.

Die Reineinhandler haben alsdann die bei ihnen eingegangenen Besteuerungsabschnitte bis 25. Mai d. J. an den Kommunalverband einzuliefern, welcher dann alles Weitere veranlassen wird.

Besteuerungsabschnitte, welche nach dem 25. Mai bei uns eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Disquoten werden erucht, Obiges in ihrer Gemeinde ortsbüchlich bekannt zu geben.

Nagold, den 1. Mai 1923. Oberamt: Nagold.



**Schwarzwaldverein Ortsgruppe Nagold.**

Die verehr. Mitglieder werden auf Freitag den 4. Mai d. J., abends 8 Uhr, in das Nebenszimmer der „Araone“ zu einer außerordentlichen Generalversammlung freundlichst eingeladen. In Anbetracht der zu beabsichtigenden wichtigen Beschlüsse wird um vollständiges Erscheinen ersucht.

Im Auftrag: Gottf. Schmid, Kassier.



Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit allen Dampfern. Anerkannt vortreffliche Unterbringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen.

Reisegepäck-Versicherung

Nähere Auskunft durch NORDEUTSCHER LLOYD BREMEN und seine Vertretungen in Nagold: Burg & Schmidt, Metzstraße.

In Stuttgart: Generalvertretung Passage-Bureau Rominger, Königstr. 15.

Hand-Datumstempel bei Buchhandlg. Jaiser.

**Allg. Ortskrankenkasse für den Oberamtsbezirk Nagold.**

Stufeneinteilung, Beitragssätze und bare Leistungen ab 30. April 1923 (Beitragsfuß 7,5 Prozent).

Stufe	Täglicher Arbeitsverdienst	Grundlohn	Beitrag z. Krankenverf.		Krankengeld täglich	Sterbegeld	
			Wochenbeitrag	Anteil des Arbeitnehmers			
1	bis einschl. 400 M	250	135	45	90	125	10 000
2	über 400 M bis 600 M	500	270	90	180	250	10 000
3	600 " " 900 "	750	390	130	260	375	15 000
4	900 " " 1200 "	1050	555	185	370	525	21 000
5	1200 " " 1600 "	1400	735	245	490	700	28 000
6	1600 " " 2000 "	1800	945	315	630	900	36 000
7	2000 " " 2400 "	2200	1155	385	770	1100	44 000
8	2400 " " 3000 "	2700	1425	475	950	1350	54 000
9	3000 " " 3800 "	3400	1785	595	1190	1700	68 000
10	3800 " " 4800 "	4300	2265	755	1510	2150	86 000
11	4800 " " 6000 "	5400	2835	945	1890	2700	108 000
12	6000 " " 7400 "	6700	3525	1175	2350	3350	134 000
13	7400 " " 9000 "	8200	4305	1435	2870	4100	164 000
14	9000 " " 10800 "	9900	5205	1735	3470	4950	198 000
15	10800 " " 12800 "	11800	6195	2065	4130	5900	236 000
16	12800 " "	13600	7140	2380	4760	6800	272 000
Lehrlinge ohne Entgelt 2/3 der I. Stufe			90	30	60		10 000

Ab 1. Mai 1923 werden die Versicherten nach dem auf 1 Kalendertag (nicht Arbeitstag) entfallenden Verdienst in die Lohnstufen der Krankenverf. eingeteilt; für die Berechnung ist die Woche zu 7, der Monat zu 30 und das Jahr zu 360 Tagen anzusehen. Demgemäß wird der Wochenbeitrag nach 7 Tagen (einder nach 6) berechnet. Das Krankengeld wird als Regelleistung für Kalendertage gewährt. Die den neuen Grundlöhnen entsprechenden Leistungen werden, auch bei bereits eingetretener Versicherungsfrist, erst vom 29. 5. 23 ab bezahlt. Die Versicherungsfristgrenze für Betriebsbeamte, Angestellte in gehobener Stellung, Handlungsgehilfen etc. ist auf 4,8 Millionen jährlich festgesetzt worden. Diejenigen Arbeitgeber, die mit der Zahlung der Beiträge länger als 2 Wochen im Verzug sind, haben einen Zuschlag zu den Beiträgen zu bezahlen, der für jede Woche des Verzugs vom Beginn der dritten Woche ab, zehn vom Hundert des Betrags beträgt. (Rechtsanw. vom 27. 3. bzw. 12. 4. 1923.) Die Invalidenverf.-Beiträge haben sich nicht geändert.

Nagold, den 1. Mai 1923. Vorst. des Vorstands: Jlg. Verwalter: Lenz.

Verkaufe 3 junge schwarze Spitzhunde  
Henne, Schneidern. Winderöbber.  
Hesthauer d. G. W. Jaiser.

Wer sich nachfragen Rat sucht, kauft das besten erscheinende Geld:  
Die neuen Steuervorschriften nach dem Geldwertengesetz.  
Vorrätig bei Buchhandlg. Jaiser Nagold.

Pfanddorf, den 1. Mai 1923  
**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir bei dem unerwarteten Tod unseres lieben Sohnes u. Bruders **Wilhelm Bihler** in so reichem Maße erfahren durften, für die tröstlichen Worte des Herrn Missionar Renz, den erhabenden Gesang des Piedertranges, für die vielen Kranzspenden, besonders auch von seinen Mitgenossen und Genossen, sowie für die zahlreiche Beilegenbegleitung von hier und auswärts sagen herzlichsten Dank die trauernden Hinterbliebenen **Familie Friedrich Bihler.**  
1136

**Pferchverkauf**  
am nächsten Freitag, morgens 1/2 8 Uhr auf der Stadtplatz Nagold. 1135

**Hederich-Säter**  
von Herrn Prof. Wacker. Hohheim württembergischen problem und ausprobiert empfohlen. 1138  
**Gebr. Sauer Herrenberg.**

**Klavier- und Harmoniumstimmer**  
kommt nach dort. Aufträge erbittet sofort an die W. Schmitt, d. B. G. S. S.  
**Willy Sattler** Klavierstimmer und 1138 Konzertstimmer  
**Pforzheim** Gellertstr. 18 Tel. 1210.

**Verkaufe**  
1 neuen, braunen Herrenmantel sowie 2 guterhaltene Damenmäntel.  
**Albert Knöller** 1133 Hohndorf.

**Gilt! Achtung! Gilt!**  
Hausfrauen und Bürger der guten Stadt Nagold und Umgebung Euer altbekannter Freund ist da. 1137

Beim alten Kirchturn von Mittwoch bis Donners'ag abend  
**Großer Lumpen-Aufkauf** sowie Papier, Knochen, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Zinn, Alteisen.  
Kaufe zu den höchsten Tagespreisen. Bei Metall Ausweise notwendig.  
Hochachtend  
**Karl Arnold, Feuerbach.**

Als besonders preiswert empfehlen wir  
**Büttenbogen** in grau und braun mit Hüllen zu Familien-Anzeigen, wie auch zu Briefbogen bestens geeignet.  
**G. W. Zaiser, Nagold.**

**Christ-Lucas-Gartenbuch**  
Mit 200 Bild-Beispielen  
Eine gemeinschaftliche Anleitung zur Anlage und Behandlung des Hausgartens sowie zur Zucht und Pflege der Blumen, Tiergehölze, Gemüse, Obstbäume und Reben einschließlich der Blumenzucht i. Zimmer.  
Mit einem Anhang enthaltend:  
Gartenkalender.  
Vorrätig bei G. W. Jaiser Buchhandlung, Nagold.

**Trauerbriefe** fertigt rasch und billig Buchdruckerei Jaiser, Nagold.  
Am Freitag, 4. Mai, vormittags 11 Uhr kommen zur  
**Versteigerung:**  
1 Stubendüffel, 1 Waschtisch, 1 Nachttisch, 1 Tisch, 3 Stühle, 3 Bettstellen, 3 Kleiderschränke, 6 Dunnschlänche u. 4 Dunnenkissen, 1 Koffersack, 300 Ltr. haltend, 1 Fahrrad, sowie allgemeiner Hausrat.  
**Geeignet für Brautpaar.**  
Johs. Henne, Oberjettingen.

